



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

19. Sitzung (öffentlich)

7. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

09:31 Uhr bis 11:35 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Jörg (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|--------------|--|---------------|
| 1 | Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Kinder- und Jugendrat NRW | 5 |
| | – Gespräch mit Gästen (s. Anlage 1) | |
|
2 |
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) |
13 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5000

hier: Einzelplan 07

Vorlage 18/1450 (Erläuterungsband)

Einbringung durch die Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung,
Flucht und Integration (Einzelplan 07)

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge | |

3 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsbereich stärken! **21**

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung vom 15.11.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.

4 Therapieplätze für Kinder mit sexueller Gewalterfahrung flächendeckend ausbauen und Wartezeiten verkürzen **23**

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 18/2139

Ausschussprotokoll 18/224 (Anhörung vom 20.04.2023)

– Wortbeiträge

5 Für ein familienfreundliches NRW: erweiterte Kinderkrankentage zusichern! **25**

Antrag

der Fraktion der AfD

Drucksache 18/5415

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den TOP heute nicht zu behandeln.

6 Das kleine A B C für eine kindgerechte Sprachförderung – NRW braucht ein ganzheitliches Konzept **26**

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 18/5429

– Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag von Marcel Hafke (FDP) überein, eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

7	Abschluss einer Bund-Länder-Vereinbarung zur Moderationsausbildung im Projekt „Interprofessionelle Qualitätszirkel Frühe Hilfen“	27
----------	---	-----------

Vorlage 18/1516
Drucksache 18/5646

– Wortbeiträge

Der Ausschuss erhebt keine Einwendungen gegen die Bundesländer-Vereinbarung.

8 Personal- und Platzsituation in der stationären Jugendhilfe *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **28**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1547

– Wortbeiträge

9 Bericht zur Rettung der Sprach-Kitas (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]) **33**

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

10	Verschiedenes	36
-----------	----------------------	-----------

- keine Wortbeiträge

3 Wissenschaftlich belegte Folgen der Pandemie ernst nehmen: psychosoziale Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Familien im Bildungsreich stärken!

Antrag

der Fraktion der SPD

Drucksache 18/628

Ausschussprotokoll 18/67 (Anhörung vom 15.11.2022)

– abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Schule und Bildung – federführend –, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 31.08.2022)

Dr. Dennis Maelzer (SPD) betont, die psychosoziale Gesundheit von Kindern beschäftige die Politik insbesondere als Folge der Coronapandemie. Wissenschaftlich nachgewiesen sei die große Belastung der Kinder während und nach dieser Phase. Gleichzeitig sei das Bildungswesen nicht ausreichend auf diese Problemlage vorbereitet. Das habe auch die Anhörung gezeigt und die Bedeutung des Themas sehr deutlich gemacht.

Insbesondere müsse die Schulsozialarbeit auf eine sichere Grundlage gestellt werden. Aktuell sei dies nicht der Fall. Die Beschäftigung von Schulpsychologinnen und -psychologen sowie von Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern müsse nach einem festen Schlüssel erfolgen, der sich auch an den Problemlagen in den einzelnen Schulen orientiere. Insbesondere Kinder aus sozioökonomisch schwierigeren Verhältnissen hätten mit höheren Belastungen zu kämpfen. Gesundheitsfachkräfte an Schulen könnten den Weg zu Beratungsstrukturen für die psychosoziale Gesundheit weisen. Eine Konzentration auf die Schulen reiche nicht aus. Auch in der Kinder- und Jugendarbeit bedürfe es entsprechender Angebote, die in Krisenzeiten erreichbar blieben.

Der Antrag stamme aus dem August des vergangenen Jahres. Bereits im November habe die Anhörung stattgefunden. Lange Zeit habe die SPD-Fraktion gewartet, um zu einem parteiübergreifenden Konsens zu gelangen. Über Monate habe man sich von den regierungstragenden Fraktionen mit der Aussicht auf eine gemeinsame Vorgehensweise trösten lassen. Noch immer liege kein Vorschlag von CDU oder Grünen vor. Hätten die regierungstragenden Fraktionen zumindest eine Idee, um die Strukturen für die psychosoziale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen zu stärken, könne diese noch im federführenden Schulausschuss vorgetragen werden.

Jens Kamieth (CDU) ist nicht bekannt, was im federführenden Ausschuss auf Ebene der Sprecherinnen und Sprecher besprochen worden ist. In der Tat habe er von der Absicht gehört, zu einer gemeinsamen guten Lösung zu gelangen, die bisher Vorhandenes berücksichtige. In den letzten Wochen habe es jedoch Signale gegeben, dass

dieses Ziel wohl nicht erreicht werde. Die Kommunikation in dem Fall scheine nicht optimal gewesen zu sein.

Den mitberatenden Kinder- und Jugendausschuss beträfen im Wesentlichen zwei Punkte des Antrags. Einen habe Kollege Maelzer bereits genannt. Zudem seien Präventions- und Heilungsstrategien aufzuzeigen. Gerade in dem Bereich sei das Land gut aufgestellt. So habe der Rettungsschirm ein Volumen von über 60 Millionen Euro. Der Kinder- und Jugendförderplan umfasse mehr als 140 Millionen Euro. Gerade hinsichtlich der Erreichbarkeit in Krisenzeiten werde gute Arbeit geleistet. Auch bei der Digitalisierung sei man auf einem guten Weg. Für den neuen Förderschwerpunkt VI würden Mittel zur Verfügung gestellt, durch die Profis vor Ort situationsbedingt reagieren könnten.

Der Antrag entfalte im Bereich des Kinder- und Jugendausschusses insgesamt nicht viel Wirkung. Es werde keinen gemeinsamen Antrag geben, weil die meisten Forderungen bereits erfüllt bzw. angestoßen seien.

Marcel Hafke (FDP) hat die Debatte über den Antrag von Beginn an mit Interesse verfolgt. Nicht nur die darin enthaltene Analyse sei richtig, sondern auch viele der aufgeführten Punkte seien zwingend und notwendig. Nach wie vor seien diese Punkte nicht erfüllt und Probleme nicht gelöst. Das Aufholen von Defiziten nach der Coronapandemie spiele offenbar gar keine Rolle mehr im Haushalt.

Gelder könnten hinterlegt werden, um Strukturen zu finanzieren, Projekte nach vorne zu bringen und so Kindern und Jugendlichen zu helfen. Gerade dies sei aktuell notwendig. Bemerkenswerterweise würden Debatten über diese Thematik zum wiederholten Male beendet, ohne auf die tatsächlichen Probleme im Land einzugehen. CDU und Grüne seien nicht bereit, an Lösungen zu arbeiten und unterbreiteten keine eigenen Vorschläge.

Dr. Dennis Maelzer (SPD) erinnert, sowohl die Sprecherin der Grünen als auch der CDU-Sprecher hätten vor der letzten Sitzung mit Hinweis auf einen Vorschlag im federführenden Schulausschuss um eine Verschiebung der Debatte gebeten. Nach wie vor hätten die regierungstragenden Fraktionen allerdings nicht einmal den Versuch einer Einigung unternommen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.